

„Kein zweites Grünwald“

Beuting drängt auf Schaffung von bezahlbarem Wohnraum – Experten sprechen über genossenschaftliche Modelle

VON FRANZISKA SELIGER

Murnau – Immer weniger können sich das Wohnen in Murnau leisten. Gegen diesen Trend möchte das ÖDP/Bürgerforum vorgehen. Mieten und Immobilienpreise haben laut Bürgermeister Rolf Beuting in Murnau längst das sozial-verträgliche Niveau überschritten. „Die Preise steigen sehr stark. Das ist nicht gut für Murnau“, sagte er bei einem Abend der Gruppierung, an dem es um genossenschaftliches Wohnen ging.

Bei ihm seien bereits erste Arbeitgeber vorstellig geworden, weil sie immer weniger Beschäftigte fänden, die sich

im Ort Wohnraum leisten können. Immer mehr würden einkommensschwächere Haushalte durch einkommensstarke verdrängt. Das schade der Stimmung im Ort. Bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, sei deshalb ein Thema, „dem man sich stärker stellen muss“. Beuting: Murnau dürfe kein „zweites Grünwald“ werden, da solche Nobel-Orte nur noch wenig bürgerschaftliches Engagement aufbrächten, stattdessen aber ein hohes Schutzbedürfnis hätten.

Mit einem Vortrag über genossenschaftliches, nachbarschaftliches und generationenübergreifendes Wohnen



Martin Okrslar
ist Vorstand der MARO-Genossenschaft. FOTO: SELIGER

sollte nun diese Alternative vorgestellt und ihre Realisierbarkeit in Murnau ausgelotet werden. Mit Martin Okrslar von der MARO-Genossenschaft und Christian Stupka von der GIMA München hatte man dazu zwei Fachleute eingeladen. Interessiert verfolg-

ten die rund 60 Zuhörer im Kultur- und Tagungszentrum, wie diese Variante funktioniert, bei der in einem Haus mehrere Generationen leben, die laut Stupka sowohl Mieter als auch Eigentümer seien. Darüber hinaus erklärten die beiden, was bei Planung und Umsetzung zu beachten ist. Maro-Vorstand Okrslar und Stupka erklärten das dahinter steckende Prinzip. Etwa, dass man als Hausgemeinschaft miteinander lebe, dass man sich gegenseitig helfe und auch mal gemeinsam etwas mache. „Diese Wohnform setzt immer bürgerschaftliches Engagement voraus. Ohne wird's nicht gehen“, so

Stupka. Laut Okrslar muss ein Mehrgenerationenhaus mindestens über zehn bis zwölf unterschiedlich große Wohnungen verfügen, barrierefrei sein und neben den privaten Quartieren über Gemeinschaftsflächen verfügen. Damit die Hausgemeinschaft zusammenwachse, sei es wichtig, die späteren Mieter von Anfang an in die Planungs- und Bauphase einzubeziehen. Denn über Diskussionen darüber, wie das Haus gestaltet werden solle, „lernt man sich kennen. Ohne Vorbereitung entsteht keine Gemeinschaft.“ Beim Einzug sei aus den Fremden so schon eine Gruppe geworden. Ausführlich gingen

Okrslar und Stupka darauf ein, wie das Modell der Genossenschaft funktioniert. Sie sprachen davon, dass die Mieter Mitglied darin sein und Genossenschaftsanteile erwerben müssen. Davon, wie sich ein solches Projekt finanziert, vom lebenslangen Wohnrecht und von den sehr konstanten Mietpreisen. Auch die Tatsache, dass genossenschaftlich organisierte Modelle allen Einkommensgruppen offen stehen, war ein Thema. Geeignete Grundstücke kämen oft von den Kommunen. Die vielen Fragen der Zuhörer ließen an diesem Abend auf ein großes Interesse der Bürger schließen.